

Europa Aktuell 1/2022

EU-Gebäuderichtlinie: Neuer Vorschlag legt Latte hoch

Der Revisionsvorschlag der EU-Gebäuderichtlinie ist erwartungsgemäß äußerst ambitioniert. Neu errichtete öffentliche Gebäude sollen schon in fünf Jahren emissionsfrei sein, die 15% der am schlechtesten eingestufteten Gebäude sollen bis 2030 um eine Energieklasse verbessert werden. Ob die Vorschläge in diesem Zeitraum umsetz- und finanzierbar sind, steht auf einem anderen Blatt.

Mit dem Revisionsvorschlag der Gebäuderichtlinie vervollständigt die EU-Kommission die Legislativdossiers zur Umsetzung der Renovierungswelle. Schon die Energieeffizienzrichtlinie enthält zahlreiche Vorschläge und Quotenvorgaben zur Renovierung v.a. öffentlicher Gebäude, die Gebäuderichtlinie bringt jetzt konkrete und äußerst detaillierte Vorgaben. Ob diese den Praxistest bestehen und vom Gesetzgeber akzeptiert werden, wird sich zeigen. Detailgenauigkeit und kurze Fristen lassen jedoch vermuten, dass viele Vorschläge abgemildert werden.

Einige Vorschläge klingen tatsächlich sinnvoll, andere dürften wohl an wirtschaftlichen und finanziellen Realitäten scheitern. Das Wichtigste im Überblick:

- Die 15% der am schlechtesten eingestufteten Gebäude (Energieklasse G) sollen bis 2027 (Nichtwohngebäude) bzw. 2030 (Wohngebäude) um eine Energieklasse verbessert werden. Die deutsche Wohnungswirtschaft hat darauf verwiesen, dass davon allein in Deutschland 3 Millionen Gebäude betroffen wären.
- Harmonisierung der Energieausweise bis 2025 und Ausweitung ihres Anwendungsbereichs.
- Ausstieg aus fossilen Brennstoffen für Raumwärme/-Kälte bis 2040, Ende der Förderung von Heizkesseln für fossile Brennstoffe bis 2027 und EU-rechtliche Ermächtigung, fossile Brennstoffe im Gebäudesektor zu verbieten. D.h. national können vollständige Verbote von Ölkesseln oder Gasthermen erlassen werden, ohne mit der Binnenmarktgesetzgebung in Konflikt zu kommen.
- Vorgaben für die Errichtung von E-Parkplätzen und Fahrradparkplätzen.

Der Ball liegt jetzt beim EU-Gesetzgeber Rat und Parlament. Der Gemeindebund beteiligt sich im Rahmen des europäischen Dachverbands RGRE an der Diskussion, arbeitet aber natürlich auch an einer eigenen Position.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6683



Kongress sucht Erfahrungen mit Fake News

Fake News und hasserfüllte Kommunikation gegenüber Kommunalpolitikern sind nicht nur in Österreich ein Problem. Der Kongress im Europarat hat eine Studie in Auftrag gegeben, in welche Erfahrungen betroffener Politiker einfließen sollen um Leitlinien zum Umgang mit Fake News zu entwickeln.

Der auf Englisch und Französisch verfügbare Online-Fragebogen richtet sich an Kongressmitglieder, Jugenddelegierte und andere Kommunalpolitiker, die bereits Erfahrung mit dem Phänomen gemacht haben. Während für Hassreden auf eine Definition des Europarats verwiesen wird, gibt es keine einheitliche Definition von Fake News. Daher sind auch v.a. Meinungen zu Definition von und Erfahrungen mit Fake News gefragt. Die Fragen sind verständlich formuliert und mittels multiple-choice zu beantworten. Die Beantwortung dauert wahrscheinlich nicht länger als 20-30 Minuten.

Der Fragebogen kann bis 24. Jänner ausgefüllt werden, die Ergebnisse werden beim nächsten Plenum im März vorgestellt und für die Erarbeitung von Leitlinien verwendet.

https://onlinebefragungen.hs-ludwigsburg.de/evasys/public/online/index/index?online_php=&p=hatespeech&ONLINEID=95552360574536768382499354553091579568116

Rechtssicherheit für Plattformmitarbeiter

Die EU-Kommission legte Anfang Dezember einen Richtlinienvorschlag vor, mit dem die Arbeitnehmerrechte von Plattformarbeitern gestärkt werden sollen. Laut Kommissionsvorschlag sollen Plattformmitarbeiter schneller als Arbeitnehmer eingestuft werden, womit gesetzliche Arbeitszeiten und Beitragspflichten für Sozial- und Krankenversicherungen gelten.

Mithilfe eines Kriterienkatalogs soll festgestellt werden, ob Mitarbeiter von Online-Plattformen als klassische Arbeitnehmer einzustufen sind und dadurch auch Arbeitnehmerrechte in Anspruch nehmen können. Sind zwei der Kriterien erfüllt, gelten Mitarbeiter von Lieferdiensten, Fahrdiensten u.v.m. als Arbeitnehmer und haben Anspruch auf Mindestlohn bzw. Kollektivvertragsverhandlungen, Urlaub, Sozial- und Krankenversicherung, geregelte Arbeitszeiten etc.

Auch das Management per Algorithmus muss überprüfbar sein, d.h. hinter jedem Algorithmus muss ein Vertreter der Plattform als direkter Ansprechpartner für die Mitarbeiter zur Verfügung stehen.



Plattformen, die als Arbeitgeber eingestuft sind, müssen den nationalen Versicherungsbehörden in Zukunft melden, wer bei ihnen beschäftigt ist. Eine wichtige Maßnahme, um einen offiziellen Überblick über (informelle) Arbeitnehmer zu erhalten und Sozialversicherungsbetrug zu unterbinden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6605

Europa entdeckt die Gemeinderäte

Was in Österreich schon über 10 Jahre praktiziert wird, schlägt jetzt auch auf europäischer Ebene auf: Sowohl der Ausschuss der Regionen als auch das EU-Parlament starten Projekte für EU-Gemeinderäte.

Der Ausschuss der Regionen will im Rahmen eines Austauschs zwischen österreichischen EU-Gemeinderäten und Mitgliedern seines europäischen Gemeinderätenetzwerks die Vorteile einer Vernetzung diskutieren und den Mitgliedern seines Netzwerks Einblicke in das österreichische Modell ermöglichen. Politisch unterstützt wird dieser am 18. Jänner angebotene Online-Workshop von Europaministerin Edtstadler und AdR-Präsident Tzitzikostas.

Aber auch das EU-Parlament startet dieses Jahr ein Pilotprojekt namens BELE, mithilfe dessen Gemeinderäten die Kommunikation über Europa erleichtert werden soll. Europabegeisterte Lokalpolitiker sollen durch diese Projekte ermutigt werden, offensiv Kontakt mit Bürgern und lokalen Medien zu suchen sowie Ansprechpartner vor Ort sein. Beide Initiativen sind ein wichtiger Schritt, um lokalen Anliegen auf europäischer Bühne mehr Gehör zu verschaffen. Aus österreichischer Sicht ist der Mehrwert der noch in den Kinderschuhen steckenden Angebote jedoch unklar, da die Serviceleistungen des EU-Gemeinderäteprogramms jedenfalls nicht getoppt werden.

<https://cor.europa.eu/de/events/Pages/eu-local-councillors-in-austria-and-EU-experiences-and-prospects.aspx>